

Tumult im östlichen Mittelmeerraum

Die Entdeckung von Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer hat ungelöste Konflikte zwischen der Türkei und den zwei EU-Mitgliedstaaten Zypern und Griechenland wieder aufflammen lassen. Eine selbstbewusster auftretende Türkei hat jüngst eine Reihe von Schritten unternommen, um sich Zugang zu den Energieressourcen im Mittelmeer zu sichern. Eine Eskalation des Konflikts hätte weitreichende Folgen.

Von Fabien Merz

Im östlichen Mittelmeerraum ballen sich Geschichte und strategischer Wettbewerb. In den vergangenen Jahrzehnten kam es wiederholt zu Konflikten zwischen der Türkei und den zwei EU-Mitgliedsstaaten Griechenland und der Republik Zypern. Gründe dafür waren mitunter der ungelöste Zypernkonflikt sowie umstrittene Seegrenzen. Die kürzliche Entdeckung grosser Erdgasfelder unter dem Meeresboden und Hinweise auf weitere Vorkommen verleihen dem östlichen Mittelmeer eine zusätzliche strategische Bedeutung als Energiequelle. Dies vor dem Hintergrund einer Türkei, die stark auf Erdgasimporte angewiesen ist und seit längerem schon eine Diversifizierung ihrer Energiequellen anstrebt. Gleichzeitig hat sich die Türkei durch ihre in den letzten Jahren an den Tag gelegte selbstbewusste und zum Teil konfrontativere Aussenpolitik nicht nur weiter von ihren traditionellen NATO-Bündnispartnern und der EU entfremdet, sondern auch die angespannte Beziehung zu anderen Hauptakteuren im östlichen Mittelmeerraum weiter verschlechtert. Dies wiederum hat Griechenland, die Republik Zypern, Ägypten und Israel dazu veranlasst, näher zusammenzurücken und unter anderem im Bereich der Gewinnung und der Kommerzialisierung von Erdgas näher zusammenzuarbeiten. Das befeuert die Ängste Ankaras, vom Energiesegen im östlichen Mittelmeer ausgeschlossen zu werden.



Ein türkisches Bohrschiff wird im östlichen Mittelmeer vor der zypriotischen Küste von einer Fregatte der türkischen Marine eskortiert, 6. August 2019. *Murad Sezer / Reuters*

Aus diesem Grund hat die Türkei ab 2018 begonnen, Schritte zu unternehmen, um Anspruch auf ihren «gerechten Anteil» an den Energiequellen des östlichen Mittelmeeres zu sichern. Die Türkei hat mit der Exploration von Erdgasfeldern in von der Republik Zypern und Griechenland beanspruchten Gewässern begonnen, ist wiederholt gegen unter zypriotischer Lizenz operierende Forschungs- und Bohrschiffe vorgegangen und hat einen höchst kontroversen Seegrenzvertrag mit der libyschen

Regierung der nationalen Einheit (*Government of National Accord, GNA*) abgeschlossen. Dieses Vorgehen hat die ganze östliche Mittelmeerregion, vor allem aber Athen und Nikosia, in Alarmbereitschaft versetzt. Griechenland und die Republik Zypern versuchen seither, die EU zu umfassenden Sanktionen gegen die Türkei zu bewegen. Obwohl die EU Griechenland und der Republik Zypern ihre volle Unterstützung zusichert und das türkische Vorgehen scharf verurteilt hat, hindert die Un-

einigkeit unter den EU-Mitgliedsstaaten über die Frage, wie man mit einer konfrontativer auftretenden Türkei umgehen sollte, die EU an einer Verhängung weitreichender Sanktionen. Dies hat jedoch einzelne Mitgliederstaaten nicht daran gehindert, eigenständig zu handeln. So hat etwa Frankreich Seestreitkräfte in die Region entsandt und gemeinsam mit Griechenland und der Republik Zypern Militärübungen im östlichen Mittelmeer organisiert, um die Türkei abzuschrecken.

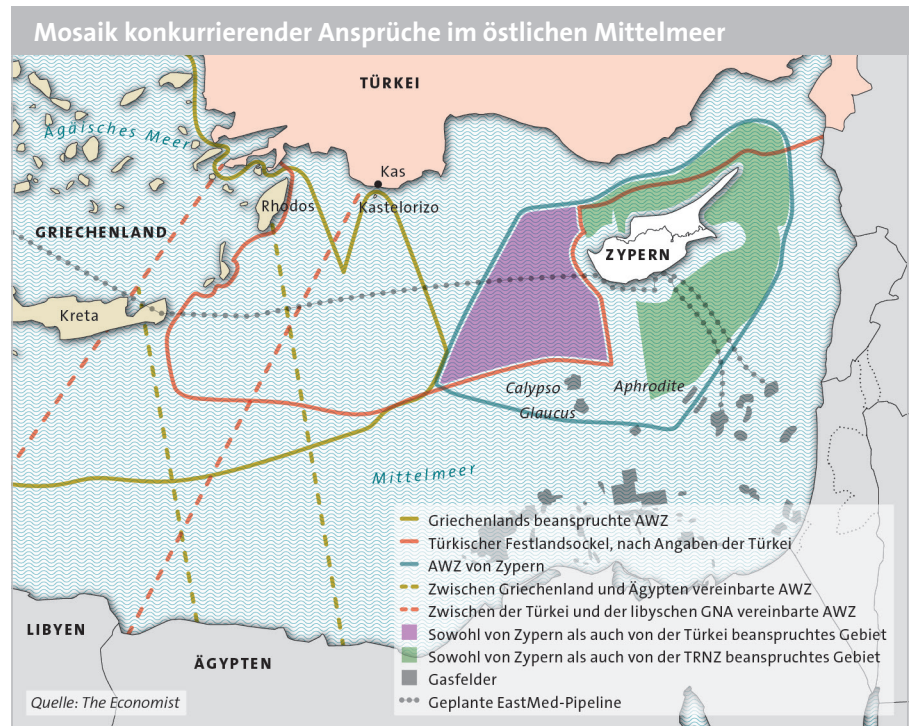
Diese volatile Situation hat zu mehreren Vorfällen zwischen französischen, griechischen und türkischen Marineschiffen geführt und zeigt auf, dass das Risiko einer Konfrontation zwischen NATO-Mitgliedstaaten real ist. Das östliche Mittelmeer ist somit einmal mehr zu einem geopolitischen Brennpunkt geworden. Eine Eskalation könnte zu einer Krise mit weitreichenden Folgen für die Stabilität in der Region, die Kohäsion der NATO sowie die künftige Beziehung zwischen der EU und der Türkei führen.

Ungelöste Konflikte

Lange Zeit schon ist das östliche Mittelmeer die Bühne für einen tief sitzenden und historisch verwurzelten Antagonismus zwischen Griechenland und der Türkei. Besonders deutlich zeigte sich dies 1974, als die Türkei Teile Zyperns militärisch besetzte, um einen Anschluss Zyperns an Griechenland zu verhindern und um die

In der Türkei gibt es seit ungefähr einem Jahrzehnt eine Tendenz hin zu einer selbstbewussteren Aussenpolitik.

türkisch-zypriotische Minderheit auf der Insel zu schützen. Der Militäreinsatz der Türkei resultierte in der *De-facto*-Teilung und der ethnischen Trennung der Insel in die Republik Zypern und die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ). Die Republik Zypern ist kulturell und politisch eng mit Griechenland verbunden, wird international weitgehend anerkannt, ist UNO-Mitglied und 2004 der EU beigetreten. Die TRNZ wird dagegen nur von der Türkei anerkannt und unterstützt. Zahlreiche Versuche – auch vonseiten der UNO – zur Lösung des Konflikts auf der Insel Zypern sind gescheitert. Bis heute ist eine Friedenstruppe der Vereinten Nationen (UNFICYP) auf der Insel stationiert. Der ungelöste Konflikt zieht eine Fülle komplexer Probleme nach sich.



Ein Streitthema, das aufgrund der Entdeckung der Erdgasfelder vor der Küste Zyperns erneut an Bedeutung gewonnen hat, betrifft die so genannte ausschliessliche Wirtschaftszone (AWZ) der Insel. Küstenstaaten erhalten normalerweise durch das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 AWZ. In diesen Zonen haben sie Exklusivrechte auf die Seeresourcen innerhalb von 200 Seemeilen oder rund 370 Kilometern Entfernung von der so genannten Basislinie – üblicherweise die Niedrigwasserlinie ihrer jeweiligen Küste. Gemäss Ankara hat die TRNZ «unbestreitbare Rechte» an der zypriotischen AWZ. Die Republik Zypern, Griechenland und die EU lehnen diesen Anspruch ab, da sie die TRNZ nicht anerkennen. Daraus sind konkurrierende Ansprüche auf die AWZ der Insel entstanden (siehe Karte). Trotz dieser offenen Fragen hat die Republik Zypern die Praxis etabliert, Lizenzen für die Exploration und Gewinnung von Erdgas in der AWZ der Insel an Privatunternehmen zu vergeben.

Zusätzlich besteht seit Langem Uneinigkeit zwischen Griechenland und der Türkei bezüglich des Verlaufs der Seegrenzen in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer. Griechenland argumentiert, seine Inseln, wie etwa die zwei Kilometer vor der Süd-

küste der Türkei liegende Insel Kastelorizo, hätten gemäss internationalem Seerecht Anspruch auf eine erweiterte AWZ. Dies würde die Türkei quasi aus dem östlichen Mittelmeer ausschliessen und alle Hoffnungen auf die Erschliessung und Förderung von Kohlenwasserstoffressourcen vor der anatolischen Küste zerschlagen. Dementsprechend argumentiert die Türkei, das anatolische Festland bilde einen Festlandsockel, der die Reichweite der AWZ der griechischen Inseln und der Republik Zypern begrenze (siehe Karte). Im Allgemeinen scheinen sich Expertinnen und Experten einig zu sein, dass das Seerecht in diesem spezifischen Kontext Interpretationsspielraum zulässt. Die nicht definierten Seegrenzen zwischen Griechenland und der Türkei haben in der Vergangenheit zu Spannungen geführt. 1987 entbrannte wegen Ölbohrrechten in der Ägäis ein Konflikt und flammte im Jahr 1996 wieder auf, als es um den Zugehörigkeitsstatus der kleinen Inseln Imia (oder Kardak auf Türkisch) ging. Seither belasten weniger akute Zwischenfälle wie etwa Verletzungen des Luftraums die griechisch-türkische Beziehungen.

Ein Sturm zieht auf

Neben diesen ungelösten Konflikten im östlichen Mittelmeer und der Entdeckung von Erdgas entwickelte sich in der Türkei über die rund letzten zehn Jahre aus ver-

schiedenen Gründen eine Tendenz hin zu einer selbstbewussteren und teils auch konfrontativeren Aussenpolitik. Diese neue Haltung markiert eine radikale Abkehr von der Politik unter dem Credo «keine Probleme mit den Nachbarn», das die türkische Aussenpolitik in den knapp ersten zehn Jahren unter der Führung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) ab 2003 geprägt hatte. Die Ursachen für diese Veränderung sind vielfältig, oft miteinander verflochten und heftig debattiert. Dennoch sehen viele Beobachterinnen und Beobachter vor allem einen Grund in der fortschreitenden türkischen Abkehr von der EU und dem Westen und der gleichzeitigen Bestrebung, den vergangenen Ruhm des Osmanischen Reiches wiederzubeleben, unter anderem durch die Ausdehnung des Einflusses in der breiteren Region. Die Instrumentalisierung der Aussenpolitik zum Zweck der nationalistischen Unterstützungssicherung für den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und seiner AKP hat nach weitläufiger Meinung ebenfalls zu dieser Veränderung der türkischen Aussenpolitik beigetragen.

Diese neue Art der türkischen Aussenpolitik wird von einigen Beobachterinnen und Beobachtern als «neo-osmanisch» oder «nationalistisch» bezeichnet. Daraus ist manchmal nicht nur eine ungestüme Bereitschaft entstanden, entgegen der Interessen traditioneller westlicher Verbündeter zu handeln, sondern auch eine konfrontative Haltung gegenüber anderen regionalen Mächten einzunehmen. Diese Entwicklung hat die Türkei nicht nur von ihren traditionellen NATO-Bündnispartnern und der EU entfremdet, sondern auch die bereits schwierige Beziehung zwischen der Türkei und zwei anderen Hauptakteuren

Um regionalen Initiativen entgegenzuwirken, welche die Türkei ausschliessen, hat Ankara den Weg der Eskalation gewählt.

im östlichen Mittelmeerraum – Ägypten und Israel – zusätzlich belastet. Im Falle Ägyptens liegt dies vor allem an der nach dem Arabischen Frühling verstärkten türkischen Unterstützung für die Muslimbruderschaft – einer in grossen Teilen der Region aktiven islamistisch-religiösen, politischen und sozialen Bewegung. Seit dem Militärputsch gegen den aus der Muslimbruderschaft stammenden, demokratisch gewählten ägyptischen Präsi-

Die Doktrin der Blauen Heimat (Mavi Vatan)

Die Doktrin der Blauen Heimat (*Mavi Vatan* auf Türkisch) ist eine Marinedoktrin, die erstmals 2006 in Umlauf gebracht wurde. Sie sieht für die Türkei eine **selbstbewusstere Haltung** vor, um die Kontrolle über die Meere rund um die Türkei zu sichern, das östliche Mittelmeer miteingeschlossen. Das erklärte Ziel der Doktrin ist die **Erweiterung des regionalen und internationalen türkischen Einflusses** sowie der **Sicherung des Zugangs zu Energiequellen**, um wirtschaftliches und demografisches Wachstum der Türkei voranzutreiben, ohne dabei auf externe Akteure angewiesen zu sein. Obwohl die Doktrin aus den späten 2000er Jahren stammt, hat sie erst vor Kurzem an Bedeutung gewonnen. Die Doktrin passt gut zur neuen, selbstbewussten türkischen Aussenpolitik und dem offenkundigen Ziel, den **vergangenen Ruhm des Osmanischen Reiches** durch die Vergrösserung des Einflusses der Türkei in der breiteren Region wiederzubeleben. Im September 2020 veröffentlichte die Kommunikationsdirektion des türkischen Präsidenten ein **Werbevideo**, in dem Parallelen zwischen den Siegen des Osmanischen Reichs im östlichen Mittelmeer über die christlichen Nationen im 16. Jahrhundert und der Standhaftigkeit der gegenwärtigen türkischen Marine im Mittelmeer gezogen wurden – mit explizitem Bezug auf die Doktrin.

ten Mohammed Morsi 2013 bekämpft die Regierung in Kairo die Bewegung aus ideologischen und politischen Gründen sowohl im Inland als auch in der gesamten Region. Dies hat zu wiederholten Konflikten mit der Türkei geführt. Im Falle Israels liegt die Verschlechterung der in den 2000er Jahren relativ engen Beziehung unter anderem am neuen internationalen Aktivismus der Türkei, die sich seit geraumer Zeit stark für die Sache der Palästinenser einsetzt und dabei den jüdischen Staat immer wieder scharf kritisiert.

Vor diesem Hintergrund war es keine Überraschung, dass die Türkei aus Initiativen regionaler Zusammenarbeit im östlichen Mittelmeer zwischen Griechenland, der Republik Zypern, Ägypten und Israel ausgeschlossen wurde. So etwa anlässlich der Gründung des Erdgasforums des östlichen Mittelmeers (*Eastern Mediterranean Gas Forum*, EMGF) im Januar 2019, welches auf eine kollektive Nutzung der Erdgasvorkommen abzielt. Auch in die Pläne für die so genannte *EastMed*-Gaspipeline, die Israel über die Republik Zypern mit Griechenland verbinden soll, wurde die Türkei aussen vor gelassen. Diese Entwicklungen liessen in Ankara die Angst entstehen, vom Zugang zu den Energieressourcen im östlichen Mittelmeer zunehmend abgeschnitten zu werden, was gleichzeitig auch als Gefährdung türkischer Ambitionen, ihre Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren, wahrgenommen wird. Angetrieben durch die neue Art der selbstbewussten Aussenpolitik und die *Mavi-Vatan*-Doktrin der «Blauen Heimat» (siehe Textfeld) hat Ankara jüngst mit einer Reihe von Schritten reagiert, welche die meisten unabhängigen Beob-

achterinnen und Beobachter als die unmittelbare Ursache für die aktuelle Krise im östlichen Mittelmeer sehen.

Um regionalen Initiativen entgegenzuwirken, welche die Türkei ausschliessen, scheint Ankara den Weg der Konfrontation gewählt zu haben. Die Türkei unterzeichnete im November 2019 einen stark umstrittenen und heftig kritisierten Seegrenzvertrag mit der GNA in Libyen (siehe Karte). Die darin von der Türkei und der GNA beanspruchten AWZ würden die *EastMed*-Gaspipeline blockieren, ignorieren die Existenz mehrerer griechischen Inseln und überschneiden sich mit von Griechenland und Ägypten in Anspruch genommenen AWZ. Zahlreiche Staaten des östlichen Mittelmeers, unter anderem Griechenland, die Republik Zypern, Ägypten und Israel, aber auch die EU, bestreiten die Legitimität dieses Vertrags. Dieses Vorgehen der Türkei hat dazu geführt, dass andere Hauptakteure in der Region weiter zusammengerückt sind. Im August 2020 haben Ägypten und Griechenland ihr eigenes Seeverkehrsabkommen unterschrieben. Darin beanspruchten sie eine AWZ, die sich mit den AWZ des Seegrenzvertrags zwischen der Türkei und der libyschen GNA überschneidet (siehe Karte). Zudem hat das EMGF seinen Auftrag erweitert und schliesst nun auch die Zusammenarbeit bei der regionalen Sicherheit sowie gemeinsame militärische Manöver mit ein, was aus dem Forum nun auch ein geopolitisches Instrument gegen den türkischen Einfluss im östlichen Mittelmeer macht.

Anfang 2019 begann die Türkei damit, Schiffsexpeditionen zur Exploration von Erdgasfeldern in von der Republik Zypern beanspruchten Gewässern durchzuführen und hat wiederholt unter Lizenzen der Re-

publik Zypern operierende Explorationschiffe an ihrer Arbeit gehindert. Zudem hat Ankara damit begonnen, Erdgasexploration in Gewässern zu betreiben, um die sich Griechenland und die Türkei schon seit längerem streiten. Darauf hat Griechenland mit der Entsendung von See Streitkräften in die umstrittenen Gebiete reagiert. Dies führte zu mehreren gefährli-

Die EU ist nach wie vor gespalten in der Frage, wie mit einer konfrontativ agierenden Türkei umzugehen.

chen Zwischenfällen. Im August 2020 kollidierte etwa ein griechisches Marineschiff mit einem türkischen Kriegsschiff, welches ein türkisches Explorationsschiff in den umstrittenen Gewässern eskortierte. Dieser Vorfall unterstreicht das vorherrschende Eskalationspotenzial. Präsident Erdogan reagierte darauf mit der Ankündigung, dass jeder, der ein türkisches Schiff angreife, das Erdgas- oder Erdölexploration in umstrittenen Mittelmeergewässern betriebe, einen «hohen Preis» bezahlen werde. Nach einer kurzen Pause im September nahmen von der türkischen Marine eskortierte türkische Forschungsschiffe ihre Explorationsaktivitäten in von Griechenland und der Republik Zypern beanspruchten Gewässern wieder auf und erhöhten damit das Eskalationsrisiko erneut.

Folgen einer Eskalation

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU haben sich in den vergangenen zehn Jahren aufgrund zahlreicher, oftmals miteinander verflochtener Umstände verschlechtert. Dies sind unter anderem die aufgrund autoritärer Entwicklungen in der Türkei ins Stocken geratenen Gespräche über den EU-Beitritt der Türkei, der Umgang mit der Migrationskrise und eine Reihe unilateraler türkischer Militärinterventionen in Syrien. Dies führte zunehmend zu einer von Misstrauen und Unbehagen geprägten Beziehung zwischen der Türkei und der EU. Starke gegenseitige Abhängigkeiten haben eine komplette Entfremdung bisher verhindert. Vor die-

sem Hintergrund angespannter, jedoch notwendiger Beziehungen hat die EU Griechenland und der Republik Zypern gegenüber wiederholt ihre volle Unterstützung in Bezug auf die jüngsten türkischen Vorstösse im östlichen Mittelmeer ausgesprochen. Brüssel hat das Handeln der Türkei mehrfach als illegal und als Verletzung der Hoheitsrechte von Griechenland und der Republik Zypern verurteilt. Bis heute hat die EU jedoch nur begrenzte Sanktionen gegen die Türkei verhängt und scheint augenscheinlich eine Strategie der «sanften Eindämmung» zu verfolgen. Wie die Wiederaufnahme der Explorationsaktivitäten durch türkische Schiffe nach einem kurzen Unterbruch im September 2020 zeigt, scheint dies Ankaras Verhalten jedoch kaum zu beeinflussen.

Aktuell gehen die Meinungen in der EU darüber, ob die Türkei im östlichen Mittelmeer energischer konfrontiert werden sollte, auseinander. Aufgrund verschiedener Erwägungen befürworten einige EU-Mitgliedsstaaten wie Italien, Spanien und Deutschland den Dialog mit der Türkei. Vor allem Deutschland, welches derzeit den Vorsitz des EU-Rats innehat und sich traditionell immer um gute bilaterale Beziehungen mit der Türkei bemüht hat, setzt sich besonders aktiv für den Abbau der Spannungen im östlichen Mittelmeer ein. Frankreich wiederum, dessen Auslandsinteressen jüngst wiederholt in Konflikt mit der neuen, selbstbewussteren türkischen Aussenpolitik geraten sind, allen voran in Libyen, führt den Block der Länder an, die umfassende EU-Sanktionen gegen Ankara fordern. Paris hat zur Unterstützung von Athen und Nikosia ausserdem Streitkräfte ins östliche Mittelmeer entsandt. Dies verschärft das Potenzial einer militärischen Eskalation zwischen den NATO-Mitgliedern Frankreich, Griechenland und der Türkei. Eine solche Eskalation im östlichen Mittelmeer hätte weitreichende Konsequenzen für die Stabilität in der Region sowie negative Auswirkungen sowohl auf die Kohäsion und die Glaubwürdigkeit der NATO als auch auf die Beziehung zwischen der EU und der Türkei.

Eine Eskalation würde die EU zu einem energischeren Vorgehen zwingen. Weitreichenden EU-Sanktionen, Kürzungen von EU-Mitteln sowie das Ausbleiben europäischer Investitionen wären für die bereits angeschlagene Wirtschaft der Türkei ein schwerer Schlag. Zwar mag es für Erdogan und die AKP sinnvoll scheinen, den Nationalismus im Hinblick auf die Erdgasfrage im östlichen Mittelmeer zu schüren, um Teile der türkischen Bevölkerung hinter sich zu bringen. Ein durch weiterreichende EU-Massnahmen verursachter Zusammenbruch der ohnehin schon rückläufigen türkischen Wirtschaft könnte die Wiederwahl Erdogans und der AKP in den türkischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2023 jedoch ernsthaft gefährden. Eine Eskalation der östlichen Mittelmeerkrise hätte indes auch Auswirkungen auf Kerninteressen Europas. In Bereichen wie etwa der Kontrolle der irregulären Migration und der Terrorbekämpfung ist Europa auf Ankaras Kooperation angewiesen. Wie bereits in der Vergangenheit angedroht, würde im Falle einer Eskalation Ankara diese Aspekte aller Wahrscheinlichkeit nach als Druckmittel gegen die EU benutzen. Auch die Kohäsion innerhalb der NATO würde bei einer Kriseneskalation weiter bröckeln und damit verbunden wohl auch die Glaubwürdigkeit des Bündnisses. Möglicherweise würde dies die Allianz sogar lähmen. Davon hätte keiner der Akteure, die sich aktuell im östlichen Mittelmeer gegenüberstehen, einen Nutzen. Die NATO ist nach wie vor für alle Beteiligten ein Hauptgarant für Sicherheit und Stabilität. Dementsprechend steht gegenwärtig viel auf dem Spiel. Es bleibt abzuwarten, ob das Wissen um derartige potenzielle Krisenszenarien ausreichen wird, um eine Eskalation zu verhindern und eine friedliche Lösung des Konflikts im östlichen Mittelmeer zu finden.

Für mehr zu Perspektiven in Euro-Atlantischer Sicherheit, siehe [CSS Themenseite](#).

Fabien Merz ist Senior Researcher im Team Schweizerische und Euro-Atlantischen Sicherheit am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeberin: Lisa Watanabe
Lektorat: Julian Kamasa
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni, Rosa Guggenheim

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Söldner im Dienst autoritärer Staaten Nr. 274
Die Internetfreiheit auf dem Rückzug Nr. 273
China, multilaterale Banken und Geopolitik Nr. 272
Manöver von China und Russland im Nahen Osten Nr. 271
Arktische Angelegenheiten: chinesisches-russische Dynamik Nr. 270
Informationskrieg: Impfstoffe Nr. 269

© 2020 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000453303